

SÜDTIROL IN SICHEREN HÄNDEN.

Das freiheitliche Wahlprogramm zur Landtagswahl 2018

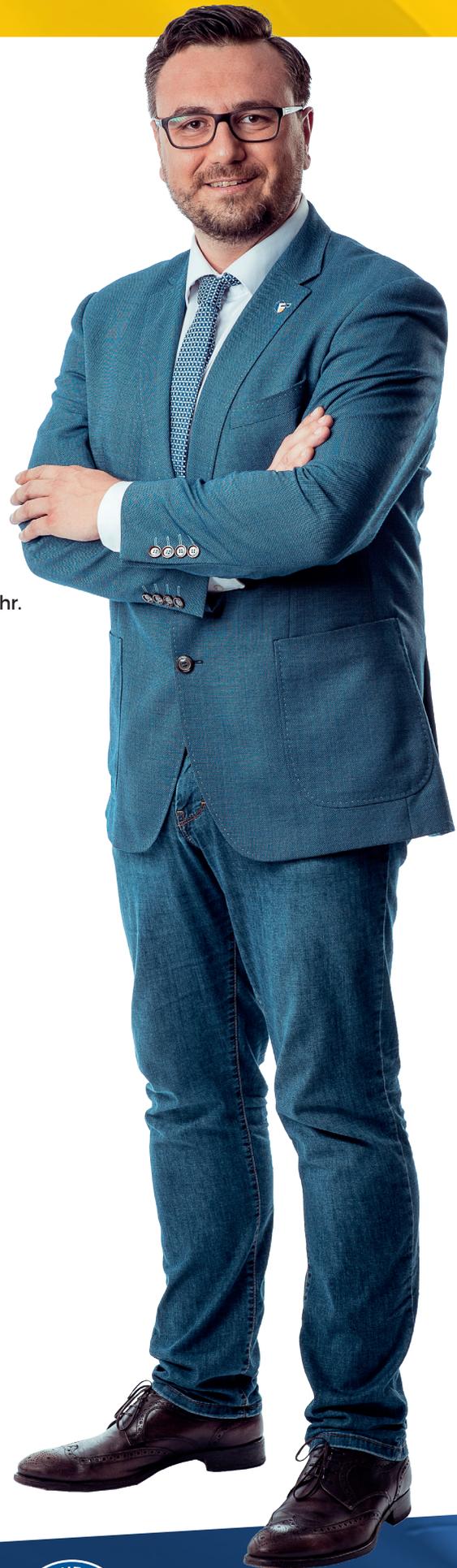
SÜDTIROL IN SICHEREN HÄNDEN

Unser Land steht vor einem Umbruch.
Migration, Sicherheit, Soziales:
Die europäischen Herausforderungen
Machen vor Südtirol nicht halt.
Althergebrachte Ideen geben uns
in diesen unsicheren Zeiten Geborgenheit.
Denn wir kennen sie. Wir vertrauen ihnen.
Viele Jahre sind wir gut damit gefahren.
Doch die neue Zeit braucht mehr. Sie fordert mehr.
Das dritte Jahrtausend wirft neue Fragen auf -
Die Antworten müssen wir im Heute finden.
Wir Freiheitliche haben uns entschieden:
Für einen konservativen Aufbruch,
Der die Stärken der Vergangenheit
mit den Ideen der Gegenwart verbindet.
Damit Unsere Kultur und unser Land
Auch morgen noch Heimat ist.
Wir sind bereit.

Ihr



Andreas Leiter Reber
Parteiobmann Die Freiheitlichen



Inhalt

1. Migration braucht Kontrolle - Damit Südtirol Heimat bleibt
2. Unabhängigkeit & Staatsbürgerschaft - Südtirol kann es alleine
3. Familien, Wohnen & Soziales - Verantwortung für Generationen übernehmen
4. Wirtschaft & Verkehr - Südtirol in Bewegung halten
5. Bildung ist unsere wichtigste Ressource - Heute für Morgen fördern
6. Kultur ist Identität - Werte und Wandel in Einklang bringen
7. Mit der Gesundheit spielt man nicht - Sparen im System statt bei den Menschen

1. Migration braucht Kontrolle - Damit Südtirol Heimat bleibt

Unsere Heimat Südtirol verfügt über eine besondere geografische Lage, eingebettet in die östlichen Zentralalpen, wo Mitteleuropa die nördlichen Ausläufer des mediterranen Raumes berührt. Seine außergewöhnliche Geschichte und seine drei autochthonen Volksgruppen machen es zu einem Land, das als Brücke zwischen deutschem und italienischem Kulturraum wirken kann. Immigration muss daher mit der besonderen ethnischen Struktur des Landes, den kulturellen Eigenheiten Südtirols, den Bedürfnissen der Südtiroler Wirtschaft und der Sozialstruktur kompatibel sein.

Um das zu erreichen, muss Immigration gesteuert werden!

15 freiheitliche Forderungen zur Immigration:

- **Finanzierung und Förderung für Südtiroler mit Immigrationshintergrund**, die in die Arbeitswelt integriert sind, die Landessprachen beherrschen und bereit sind die kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Eigenheiten Südtirols aktiv anzunehmen. Diese Menschen sind eingeladen, in unserer Mitte eine neue Heimat zu finden.
- **Schutz auf Zeit für anerkannte Kriegsflüchtlinge und Asyl für politisch Verfolgte:** Südtirol hat immer wieder bewiesen, dass es ein hilfsberechtigtes und soziales Land ist und im Rahmen seiner Möglichkeit solidarisch ist. Von sämtlichen Immigranten der letztjährigen Immigrationsströme handelt es sich hierbei jedoch lediglich um einen niedrigen einstelligen Prozentsatz.
- **Sofortige Abschiebung illegaler Migranten**, die kein Asylrecht in Anspruch nehmen können.
- **Basidemokratische Volksabstimmungen bei der Verteilung von Migranten auf die Gemeinden**, die die Last der Integration zu tragen haben. Solidarität lässt sich nicht von oben verordnen. Die Bürger müssen selbst entscheiden dürfen!
- **Ein Einwanderungsgesetz nach Kanadischem Vorbild:** Südtirol ist eine wirtschaftlich sehr dynamische Region mit einer zwischen den einzelnen Sektoren und zwischen Land- und Stadtgemeinden ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur. Südtirols Wirtschaft hat Bedarf nach gut ausgebildeten Arbeitskräften und soll sich für diese attraktiv machen. Hierbei sind sowohl Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft als auch die kulturellen, sprachlichen, gesamtgesellschaftlichen und sozialen Eigenheiten Südtirols zu berücksichtigen.
- **Anerkannten Flüchtlingen sollen in Südtirol Integrationsmaßnahmen und ein Schutz auf Zeit gewährt werden**, welcher nicht zwingend ein Heimatrecht in Südtirol begründet. Wenn der Asylgrund entfallen ist, muss die Rückkehr in das Herkunftsland erfolgen. Ausnahmen können dann gewährt werden, wenn anerkannte Asylanter aufgrund guter Qualifikation gute Prognosen für eine Integration in den Südtiroler Arbeitsmarkt und die Südtiroler Gesellschaft aufweisen. Dabei ist eine Integration in den freien Arbeitsmarkt zu verstehen, nicht eine Vermengung zwischen Arbeitsmarkt und kosmetischen, vom freien Arbeitsmarkt abgeschotteten Beschäftigungstherapien.
- **Deutsch- bzw. Italienischklassen vor Einschulung:** Ein gutes Bildungsniveau ist eine notwendige Voraussetzung um sämtliche Integrationsbemühungen erfolgreich zu gestalten. Minderjährige Immigranten ohne Sprachkenntnisse verfügen aber oft nicht über die Voraussetzungen, um am Regelunterricht teilzunehmen. Eigene Sprachklassen sollen diese Defizite wirksam wettmachen und die Kinder auf die Teilnahme am Regelunterricht vorbereiten. Das Bildungsniveau darf nicht

Südtirol in sicheren Händen.

aufgrund einer hohen Anzahl von Schülern mit mangelnden Sprachkenntnissen gesenkt werden. Dies torpediert alle Bemühungen nach einem leistungsfähigen Bildungssystem, das den gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes entspricht.

- **Herkunftslandprinzip bei Sozialleistungen: Für Sozialleistungen**, die ins Ausland gehen, muss generell das Herkunftslandprinzip gelten. Miet- und Familienbeihilfen sollen sich am Niveau des Herkunftslandes orientieren.
- **Kein Familiennachzug für Asylwerber:** Für anerkannte Asylanten ist der Familiennachzug für die Kernfamilie (Ehepartner und Kinder) zu erlauben, solange die Aufnahmekapazität Südtirols nicht überfordert wird.
- **Keine Integrationsmaßnahmen für Asylwerber**, deren Status erst geklärt werden muss. Die meisten dieser Asylwerber haben keinen Anspruch auf ein Bleiberecht, daher sind Integrationsmaßnahmen gleichbedeutend mit einer Kapitulation des Staates vor der Massenzuwanderung.
- **Ankerzentren für Asylwerber**, in denen grundlegende Sprachkenntnisse, Gesetze und Anstandsregeln des Gastlandes gelehrt werden, die nötig sind, um die Sitten und Gebräuche des Gastlandes nicht zu verletzen. Ressourcenintensive Integrationsprogramme sind nicht zielführend, da bei einem negativen Asylbescheid eine umgehende Abschiebung ins Auge zu fassen ist.
- **Mindestsicherung statt Sozialhilfen:** Asylwerbern ist eine sachleistungsbezogene Grundversorgung und Mindestsicherung zuzuerkennen. Geldleistungen müssen auf das Notwendigste reduziert bleiben, sie sind oft ein wesentlicher Anreiz für illegale Migration (Pullfaktor). Für anerkannte Asylanten sollen Geldleistungen gewährt werden, wenn ein nachweislicher Bedarf besteht, der nicht durch Sachleistungen abgedeckt werden kann.
- **Übernahme der Kompetenzen im Immigrations- und Asylrecht:** Mittel- bis langfristig ist dies eine notwendige Voraussetzung um die Steuerung der Immigration im Sinne der Bedürfnisse Südtirols zu steuern. Diese Kompetenzen sind in Rom einzufordern.
- **Ausweisung bei Straffälligkeit:** Asylwerber, anerkannte Asylanten und ausländische Arbeitskräfte verlieren bei Straffälligkeit ihren Aufenthaltstitel und sind umgehend auszuweisen.
- **Keine Förderung von Organisationen, die Schlepperei Vorschub leisten:** Organisationen, die direkt oder indirekt mit Vereinen oder Verbänden zusammenarbeiten, die der Schlepperei im Mittelmeer oder auf anderen illegalen und oft lebensgefährlichen Migrationsrouten Vorschub leisten, sind von allen öffentlichen Förderungen auszuschließen.

Südtirol in sicheren Händen.

2. Unabhängigkeit & Staatsbürgerschaft - Südtirol kann es alleine

Unabhängigkeit

Die Südtirolautonomie muss als Teilautonomie betrachtet werden, die in vielen Bereichen nicht mehr ausreicht um die wirtschaftliche, soziale, ökologische, sprachliche und gesellschaftliche Sicherheit Südtirols langfristig zu gewährleisten.

Unsere Autonomie konnte die deutsche und ladinische Volksgruppe, als nationale Minderheiten innerhalb des Nationalstaates Italiens, lange Zeit einigermaßen festigen. Zudem bildete sie den Rahmen für die positive wirtschaftliche Entwicklung Südtirols.

Welche Gefahren drohen?

Folgende Entwicklungen sind möglich bzw. sind teils schon eingetreten:

- Andauernde Notwendigkeit, den Südtiroler Sonderstatus auf zentralstaatlicher Ebene zu verteidigen. Sollten die Kräfte und die Energie zur Verteidigung des Südtiroler Sonderstatus nachlassen – es gibt Anzeichen in diese Richtung – wird über kurz oder lang auch die Südtiroler Autonomie ausgehöhlt oder gar vollständig in Frage gestellt.
- Solange die heutige Dialektik zwischen nationaler Minderheit (Deutsche, Ladiner) und nationaler Mehrheit (Italiener) durch einen völlig anderen institutionellen Rahmen nicht aufgehoben wird, ist eine konsequente Abgrenzung geradezu notwendig.
- Durch die Frontalangriffe auf das Prinzip des flächendeckenden muttersprachlichen Unterrichts kann mittel- bis langfristig, ähnlich wie im Aostatal, eine Assimilierung eintreten. Deutsch und Ladinisch würden immer mehr zu einer Fassadensprache verkommen.
- Mangelndes Selbstverständnis Südtiroler zu sein und sukzessive Identifizierung mit Italien, z.B. das Selbstverständnis, ein deutschsprachiger Italiener zu sein.
- Mangelndes Bewusstsein darüber, als deutsch- und ladinischsprachiger Südtiroler, Teil des österreichisch-deutschen Kulturraumes zu sein.
- Mangelnder sprachlicher und kultureller Austausch mit dem österreichischen und deutschen Hinterland.
- Verfestigung einer nationalstaatlichen Logik auf vielen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Ebenen.

Warum ist ein unabhängiger Freistaat Südtirol die beste Lösung?

- Solange Südtirol Teil Italiens ist, sind Entwicklungen, die das Überleben der deutschen und ladinischen Minderheit gefährden, nie auszuschließen. Es gilt in Erinnerung zu rufen, dass die Existenz der Südtirolautonomie der Tatsache geschuldet ist, dass die deutsche und ladinische Minderheit innerhalb des Nationalstaates Italiens einen Sonderfall bilden. Sollten Situationen eintreten, die Südtirol im nationalstaatlichen Kontext nicht mehr zu einem Sonderfall machen, wie

Südtirol in sicheren Händen.

beispielsweise eine schleichende sprachliche Assimilierung oder ein mangelndes Identitätsbewusstsein, entfällt automatisch die Legitimität eines autonomen Status für Südtirol.

- Ein eigenständiger, souveräner und unabhängiger Staat Südtirol würde das Denken in Mehrheit und Minderheit überwinden. So wie sich ein französischsprachiger Schweizer auch nicht als Minderheit in der Schweiz fühlt, sondern in seinem Selbstverständnis ein französischsprachiger Schweizer ist, würden in einem unabhängigen Südtirol auch alle drei autochthonen Volksgruppen Teil des Südtiroler Staatsvolkes sein.
Die rein numerisch geringere Anzahl von italienischsprachigen und ladinischsprachigen Südtirolern würde dabei noch keine neue Dialektik in Minderheit und Mehrheit etablieren. Ein neuer Staat Südtirol würde, so wie die Schweiz, seinem Selbstverständnis nach dreisprachig sein. Südtirol wäre somit Heimat für alle deutsch-, ladinisch- und italienischsprachigen Südtiroler, die als autochthone Volksgruppen die Südtiroler Nation bilden würden.
- Die von den Freiheitlichen im Mai 2018 vorgestellte Unabhängigkeitsstudie belegt, dass Südtirol als eigenständiger Staat wirtschaftlich sehr wohl überlebensfähig wäre. Die Studie belegt aber auch die enge Vernetzung der Südtiroler Wirtschaft mit der italienischen Wirtschaft und den Nachbarländern. Deshalb ist ein Unabhängigkeitsprozess immer als einvernehmlicher Akt zu verstehen, dem Verhandlungen mit dem Zentralstaat und den Institutionen der EU vorausgehen müssen.
- Eskalation der europäischen Schuldenkrise. Viele namhafte Ökonomen prognostizieren, dass Italien keine Chance hat, mittel- bis langfristig seine Schulden zu bedienen. Die Eurokrise hat bisher nicht Eigenverantwortung gefördert, sondern Begehrlichkeiten nach einer Transferunion geweckt. Diesem zentralistischen und bürokratischen Ansatz, der Europa im globalen Wettbewerb schwächen und intern zu noch größeren Spannungen führen würde, stünden Modellregionen wie Südtirol gegenüber.
Solche Regionen übernehmen die Verantwortung für ihre Finanzen und wären somit beispielhaft für einen finanzpolitischen Neustart Europas, im Sinne von eigenverantwortlich wirtschaftenden Regionen.

Wie können wir unabhängig werden?

Ein Prozess der Selbstbestimmung muss zweistufig aufgebaut werden und besteht aus einem doppelten Abstimmungsverfahren:

Abstimmung 1:

In einer freien Abstimmung entscheidet sich Südtirol für die Einleitung eines Prozesses der Selbstbestimmung, an dessen Ende eine weitere Abstimmung über den institutionellen Status quo (Eigenstaatlichkeit, Rückkehr zu Österreich,

Verbleib bei Italien oder andere Lösung, wie etwas eigenständiger Schweizer Kanton) abgestimmt wird. Nach der ersten Abstimmung wird in einem ergebnisoffenen Prozess der beste institutionelle Rahmen für Südtirol erarbeitet. Dabei werden alle gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte eingehend analysiert.

Abstimmung 2:

Am Ende dieses Prozesses wird in einer Abstimmung über den zukünftigen Status quo Südtirols entschieden. Als wahrscheinliche Lösungen könnten sich folgende Szenarien herauskristallisieren:

- a) **Eigenständiger, souveräner Staat Südtirol**
- b) **Rückkehr zu Österreich**
- c) **Verbleib bei Italien**
- d) **Andere Lösung, wie etwa eigener Schweizer Kanton**

Südtirol in sicheren Händen.

Staatsbürgerschaft

Wir erachten die Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft für Südtiroler als eine historische Chance. Dieses Vorhaben haben wir stets aktiv mitgetragen und unterstützt. Die österreichische Staatsbürgerschaft ist für uns nicht bloß ein Herzensanliegen, das für die Stärkung der Identität als ethnische Minderheit in einem fremden Staat besonders wichtig ist. Durch die Möglichkeit, zusätzlich zur italienischen, auch die Staatsbürgerschaft des österreichischen Vaterlandes erwerben zu können, wird die Position Südtirols im Ausbau zur Selbstverwaltung massiv gestärkt und die Schutzfunktion Österreichs würde eine neue Qualität erreichen.

3. Familie, Wohnen & Soziales - Verantwortung für Generationen übernehmen

Verantwortung für unsere ältere Generation

Die Lebenserwartung eines Menschen ist heute so hoch, wie noch niemals zuvor. Nach dem Erwerbsleben haben viele Senioren noch einen langen Abschnitt ihres Lebens vor sich und möchten diesen in guter Lebensqualität und selbstbestimmt führen. Damit dies gelingen kann, setzen wir Freiheitliche uns für ihre Unterstützung ein. Denn gerade die ältere Generation hat Südtirol zu dem aufgebaut, was es heute ist. Diesen Menschen wollen wir etwas zurückgeben.

5 freiheitliche Forderungen zur Rente:

- **Erhöhung der Renten auf das Lebensminimum:** Mit dem NISF (INPS) und der Agentur der Einnahmen sind Vereinbarungen zwecks automatischer Aufstockung der Renten auf das Lebensminimum zu treffen.
- **Bei einem Scheitern der Verhandlungen** mit den staatlichen Behörden sollen aus dem Landeshaushalt Mittel bereit gestellt werden, um diese Aufstockung zu garantieren.
- **Schwangerschaft und Rente:** Für Frauen, die nach einer Schwangerschaft in Teilzeit in ihren Beruf zurückkehren, soll der Rentenversicherungsbeitrag bis auf eine zu bestimmende Gehaltsobergrenze aufgestockt werden. Hierfür wird der Landesbeitrag für ein Jahr herangezogen.
- **Zusatzrente:** Der Aufbau einer Zusatzrente soll noch attraktiver gestaltet werden. Bereits bestehende öffentliche Unterstützungsmaßnahmen (z.B. für Erziehungs- und Pflegezeiten) sollen ausgebaut werden - Sowohl was die Beitragshöhe, als auch deren Bezugsdauer betrifft.
- **Zusatzrentenfonds:** Die Zusatzverträge auf Landesebene für nationale Arbeitskollektivverträge sollen vorsehen, dass die höheren Arbeitgeberbeiträge in die lokalen Zusatzrentenfonds fließen.

Verantwortung für unsere Familien

Die Familien sind die Keimzelle unseres Volkes und die Zukunft unserer Heimat. Es muss möglich sein, die Kindererziehung durch die Eltern genauso zu gewährleisten, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Falle einer Fremdbetreuung. Das Schlagwort „Wahlfreiheit“ darf keine leere Worthülse sein!

13 freiheitliche Forderungen für das Wohl der Familien

- **Frauen nach der obligatorischen Mutterschaft** sollen auch beim fakultativen Mutterschaftsurlaub denselben Lohn erhalten wie bei der obligatorischen Mutterschaft. Mittels Landesbeitrag und Gehaltsobergrenze.
- **Kindergeld einkommensunabhängig gestalten:** jedes Kind muss gleich viel wert sein. Einkommensbeschränkungen beim Kindergeld der ersten 3 Jahre sind abzuschaffen!
- **Erhöhung des Kindergeldes:** Um den heutigen Anforderungen gerecht zu werden sollte das Kindergeld stufenweise auf 300€/Monat erhöht werden.
 - Für das erste Kind soll das Kindergeld bis zum 3. Lebensjahr ausbezahlt werden.
 - Für das zweite Kind soll das Kindergeld bis zum 10. Lebensjahr ausbezahlt werden.
 - Für jedes dritte und weitere Kind soll das Kindergeld bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres ausbezahlt werden.

Südtirol in sicheren Händen.

Das Kindergeld für das zweite, dritte und jedes weitere Kind soll ab dem Erreichen des 3. Lebensjahres einer abgestuften Einkommensgrenze unterliegen, sodass hier bei Erreichen gewisser Schwellenwerte beim Einkommen das Kindergeld von ursprünglich 300€/Monat sinkt.

- **Einführung eines Familienschecks:** Bei Unterstützungsmaßnahmen für Kinder von Seiten der öffentlichen Hand sollen an Stelle von undefinierten Geldleistungen nur mehr Unterstützungsmaßnahmen erbracht werden, die direkt den Kindern zukommen.
- **Öffnungszeiten der Kindergärten an die Grundschule anpassen:** Bei Bedarf kann die Betreuung der Kinder am Nachmittag auch von anderen pädagogischen Anbietern in der öffentlichen Struktur übernommen werden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- **Ganzjahreskindergarten und -schule:** Die Ganztageschule bzw. der Ganztagskindergarten soll nur dort angeboten werden, wo der Bedarf nachweisbar besteht. Bei einem arbeitstätigen Alleinerzieher bzw. im Falle von Eltern, die beide berufstätig sind, ist dieser Bedarf zweifelsohne gegeben. Damit Missbrauch vermieden wird, müssen Antragsteller den Bedarf mit einem Anstellungsnachweis belegen.
- **Schüler- und Kindergartentransporte:** Kindergartenkinder sollen die Schülertransporte nutzen können, Schüler die Kindergartentransporte.
- **Ausbau der außerschulischen Betreuungsangebote:** Mehr Angebote für Nachmittags- und Hausaufgabenbetreuung an den Schulen, angeboten von anderen pädagogischen Dienstleistern!
- **Ausbau der Ferienangebote:** Während der Ferien Angebote für Nachhilfe-, Sprach- und Projektwochen in den Schulen fördern und ausbauen!
- **Fördern und Fordern von Kinder- und Jugendeinrichtungen:** finanzielle Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen im Lande, bei gleichzeitiger Festlegung von Qualitätsstandards für die Förderung!
- **Kosten der Kitas senken:** die Tarife der Kindertagesstätten (Kitas) sollen an jene der Kindergärten angeglichen werden, damit Kleinkinder in guter Obhut sind und nicht aus finanziellen Gründen zu früh in den Kindergarten eingeschrieben werden.
- **Vorrang für einheimische Familien,** damit sie ihr Kind in den Kindergarten und in die Schule ihres Einzugsgebietes schicken können, um dem Kindergarten- und Schultourismus Einhalt zu gebieten.
- **Kinder- und Jugendschutz:** ein eigenes Landesgesetz soll die Interessen von Kindern und Jugendlichen schützen. Kinder- und Jugendschutz-Vereine sind finanziell stärker zu unterstützen.

Verantwortung für unsere Jugend

Eine zukunftsorientierte Sozialpolitik muss vor allem bei den jungen Menschen ansetzen. Sie sind das Fundament unserer künftigen Gesellschaft, unserer Wirtschaft und der Garant unseres Generationenvertrags. Wir wollen ihnen daher eine attraktive Heimat bieten, damit sie auch hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft, in Südtirol Fuß fassen können.

5 freiheitliche Forderungen für unsere Jugend

- **Ausbau der freiwilligen sozialen Dienste:** Jugendlichen soll ermöglicht werden, das freiwillige soziale Jahr zwischen 15 und 19 Jahren in den Sommermonaten in Südtiroler Einrichtungen zu leisten, damit sie mit verschiedenen sozialen Berufen in Kontakt kommen. Es werden Menschen gerade in diesen Berufen in Zukunft vermehrt gebraucht werden.

Südtirol in sicheren Händen.

- **Förderung praxisnaher Ausbildung im Sozialbereich:** im Sozialbereich sollen Schüler und Studenten, parallel zu ihrer Schulzeit bzw. ihrem Studium, Praxiserfahrung zu sammeln können. Sommerkinder-garten, Sommerschule, Mithilfe im Pflegebereich sollen neben der Praxiserfahrung für junge Men-schen dazu führen, dass Urlaubsdienste abgedeckt und unterbesetzte Schichten vermieden werden.
- **Förderung von Jungunternehmertum:** Wir möchten jungen Menschen ihre berufliche Selbststän-digkeit ermöglichen und unnötige bürokratische Hindernisse aus dem Weg räumen. Kostenlose Kurse auf dem Weg zur Selbstständigkeit sind dabei genauso wichtig, wie die staatliche Förderun-gen des Unternehmergeists.
- **Förderung der Übergabe von Kleinbetrieben:** Oft stehen Kleinunternehmen vor dem Aus, weil die eigenen Kinder andere berufliche Wege einschlagen. Darum muss eine Betriebsübergabe auch außerhalb des Familienkreises, z. B. an langjährige Mitarbeiter, förderungswürdig sein.
- **Zeitgemäße Ausbildungsplätze** um in der heutigen Zeit mit der modernen Digitalisierung Schritt zu halten. Dies erfordert mutige Schritte in die Zukunft und finanzielle Investitionen in moderne Technik. Dies ist vor allem in der Ausbildung von Lehrpersonen verstärkt einzuführen.

Wohnen ist Heimat - Südtirol muss leistbar sein

Wir möchten, dass Wohnen bezahlbar ist und zwar gerade auch für Menschen mit niedrigen und mitt-leren Einkommen. vor allem Eine ausgewogene Sozialpolitik sorgt für leistbaren Wohnraum, damit Südtirol Heimat bleiben kann.

5 freiheitliche Forderungen für leistbares Wohnen

- **WOBI-Wohnungen vorwiegend den Einheimischen vorbehalten:** der soziale Wohnbau muss unse-rer Bevölkerung zugutekommen!
- **Eindämmung der Spekulation:** Die Landespolitik muss dafür Sorge tragen, dass Wohnraum nicht zu spekulativen Zwecken verwendet wird. Weiters müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft wer-den, damit leer stehender Wohnraum so hoch besteuert wird, dass Vermieten wieder sinnvoll wird.
- **Wohnraum und Bausparen für junge Menschen, damit der Weg in die Eigenständigkeit gefördert wird:** Für Jugendliche soll durch das Land ein vergünstigter Wohnraum für 5 bis 8 Jahre zur Ver-fügung gestellt werden. Der Jugendliche soll den Mietbetrag für diesen Wohnraum, der zwischen 500€ und 800€ liegen soll, in einen Bausparvertrag einzahlen. Der Bausparvertrag kann bei einem Wohnungskauf durch den Jugendlichen ausgeschöpft werden. Diese Förderung soll jedenfalls an eine Einkommensgrenze gebunden sein.
- **Förderung von Mietwohnungen:** der Bau von privaten Mietwohnungen muss gefördert werden und die Vermietung derselben soll durch schnellere Räumungsverfahren und GIS-Reduzierung er-leichtert werden, um Leerstände zu reduzieren.
- **Zinsloses Darlehen an Vermieter:** Vermietern soll nach 20 Jahren ein zinsloses Darlehen, das zwi-schen 5 und 10 Jahren zurückzuzahlen ist, gewährt werden, um einen Anreiz für die Renovierung der Mietwohnung und deren Weitervermietung zu schaffen.

4. Wirtschaft & Verkehr - Südtirol in Bewegung halten

Südtirol ist ein wirtschaftlich starkes Land. Dies ist dem Fleiß und dem Geschick der Südtirolerinnen und Südtiroler zu verdanken. Trotz (und nicht wegen!) der Zugehörigkeit zu Italien konnte Südtirol die großen Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre weitgehend unbeschadet hinter sich lassen. Doch wird das Wachstum und die Innovationskraft der Südtiroler Wirtschaft nach wie vor vom überbordenden italienischen Bürokratismus und der unsinnig hohen Steuerlast gebremst.

Verhältnis Stadt - Land

Wie in allen anderen Politikfeldern ist eine der größten Herausforderungen der Landespolitik, auch in der Wirtschaftspolitik für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ländlichem und urbanem Raum zu sorgen.

6 freiheitliche Forderungen für den Ausgleich zwischen Stadt und Land

- **Stärkung des ländlichen Raums** durch die Ansiedlung bzw. Förderung von Betrieben in der Peripherie, um sicherzustellen, dass unsere Landsleute wohnortnahe Arbeitsplätze finden und die Wertschöpfung vor Ort bleibt.
- **Keine Maßnahmen, die eine einseitige Konzentrationen auf urbane Zentren vorsehen.**
- **Forschung und Entwicklung muss dezentral möglich sein und gefördert werden** - Keine ausschließliche Fokussierung der Forschungsförderungen auf den NOI-Technologiepark
- **Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum.** Der Einkauf im Ort sichert und schafft wohnortnahe Arbeitsplätze, sorgt für Lebensqualität in lebendigen Orten und garantiert, dass die Wertschöpfung vor Ort bleibt.
- **Staatliche Kampagnen zur Sensibilisierung der Bevölkerung für den Einkauf vor Ort.**
- **Flächendeckender Ausbau von Infrastruktur für die Digitalisierung:** Wir befürworten uneingeschränkt die Schaffung von modernen Hochleistungsinternetverbindungen, um die Digitalisierung als Chance nutzen zu können. Durch die Digitalisierung entstehen neue Arbeitsmodelle, die auch eine Arbeitsplatzflexibilisierung im Sinne der Arbeitnehmerfreiheit, des Pendlerwesens und der Erhöhung der Lebensqualität ermöglichen.

Steuern

Die Steuergesetzgebung ist, mit wenigen Ausnahmen, in der Hand des Staates. Die Landesregierung hat es in den vergangenen Jahrzehnten verabsäumt, die Steuer- und Finanzhoheit in Rom konsequent einzufordern. Es ist schließlich immer einfacher, Steuergeld zu verteilen als es auch einzuhoben. Doch erst wenn man Einnahmen- und Ausgabenseite kontrolliert, ist echte Wirtschaftspolitik möglich!

4 freiheitliche Forderungen für eine faire Steuerpolitik

- **Primäre Finanz- und Steuerhoheit für Südtirol**, um unsere Wirtschaftspolitik effizient, nachhaltig, zukunftsfähig und im Sinne unserer heimischen Unternehmen gestalten zu können.

Südtirol in sicheren Händen.

- **Abschaffung der IRAP:** Die IRAP ist eine der wenigen Steuern, über die Südtirol selbst verfügen kann. Eine Abschaffung der IRAP würde unseren Unternehmen mehr Freiheit geben. Denn die Unternehmer sollen selbst entscheiden, wie sie die dadurch eingesparten Mittel ausgeben und nicht ständig um Beiträge betteln müssen! Dies ist für uns Freiheitliche ein selbstverständlicher Bestandteil des freien Unternehmertums, das es zu stärken gilt.
- **Abschaffung des regionalen IRPEF-Zuschlages:** Damit würden die Südtiroler Bürger entlastet und Liquidität geschaffen, die dem lokalen Wirtschaftskreislauf zugutekommt.
- **Abschaffung der GIS:** Die GIS diene als Landessteuer, um die staatlichen Steuern IMU und TASI zu ersetzen, die wiederum der „Rettung“ Italiens vor dem Konkurs dienten - Italien wurden ausreichend gerettet, diese Steuer ist eine schleichende Enteignung der Wohnungseigentümer und gehört abgeschafft.

Bürokratie

Die Bürokratie ist ein seit Jahrzehnten immer weiter aufgeblähter Hemmschuh für unsere Unternehmen. Dabei ist die Übernahme von gesamtstaatlichen Rechtsnormen das größte Problem - Italien erschafft ein bürokratisches Monstrum nach dem anderen, mit dem Vorwand, Korruption einzugrenzen und Transparenz herzustellen.

In den meisten Fällen ist genau das Gegenteil der Fall: anstatt transparenter zu werden, werden Betriebe und Freiberufler dem Zwang unterworfen, sich mit einer überbordenden Bürokratie zu befassen, die außer Datenmüll nichts produziert. Hinzu kommt, dass dadurch ein regelrechter Geschäftszweig entsteht, indem so genannte „spezialisierte Firmen“ ihre Dienste für die Erledigung von bürokratischen Auflagen anbieten und damit den Wirtschaftstreibenden zwar Arbeit abnehmen, sich dafür aber fürstlich entlohnen lassen.

4 freiheitliche Forderungen zum Bürokratieabbau:

- **Schaffung eigener Regelungen in den Kompetenzbereichen des Landes**, die einfacher, schneller und weniger aufwändig sind, als die staatlichen Bestimmungen.
- **Einrichtung einer Stabsstelle im Wirtschaftsressort**, die sich vor allem mit den europäischen Normen befasst und wie diese in Südtirol umgesetzt werden können.
- **Einführung einer „Bürokratiekontrolle“ von Landesgesetzen im Wirtschaftsbereich**, um zu verhindern, dass man weitere bürokratische Auflagen schafft.
- **Einsetzung einer Arbeitsgruppe**, bestehend aus Sozialpartnern und Vertretern der Landesverwaltung, die bestehende Landesgesetze darauf überprüft, ob die vorgesehen Kontrollen und Auflagen noch zeitgemäß sind..

Tourismus

Südtirols größtes Kapital sind seine Menschen und seine Landschaft. Der Erhalt unserer Natur- und Kulturlandschaft stellt einen der zentralen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben dar, die unser politisches Handeln als Freiheitliche bestimmen und muss im Zentrum einer verantwortungsvollen Politik für unsere Heimat stehen.

Dies ist gerade für einen zukunftsorientierten Tourismus entscheidend, denn der Tourismus ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige unseres Landes und spielt für die Entwicklung unserer Heimat eine

Südtirol in sicheren Händen.

wichtige Rolle. Dabei ist zu beachten, dass die touristische Attraktivität Südtirols erhalten bleibt.

4 freiheitliche Forderungen für einen nachhaltigen Tourismus:

- **Förderung und Unterstützung des Qualitäts- statt Quantitätstourismus**
- **Förderung von Initiativen, die die Wertschöpfung des Tourismus möglichst breit streuen:** So z.B. durch Kooperation zwischen Einzelhandel und Tourismus. Dies würde Städte und Dörfer stark aufwerten, die wegen des bestehenden Einkaufsangebots bereits „natürliche Einkaufszentren“ sind.
- **Keine „Touristen-Obergrenze“ und ähnliche, rein dirigistische Maßnahmen.**
- **Förderung ökologisch nachhaltiger Tourismusprojekte zum Erhalt der Natur.**

Rechtssicherheit für Unternehmen

Der italienische Staat versagt bei seinen ureigensten Aufgaben: Rechtssicherheit ist durch die rekordverdächtig langen Verfahrensdauern nicht gewährleistet und ein Dschungel aus sich widersprechenden Gesetzen in allen erdenklichen Bereichen behindert das Wirtschaftsleben und gefährdet, zusammen mit dem Steuerdruck, die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Südtirol.

6 freiheitliche Forderungen für mehr Rechtssicherheit:

- **Verwaltungsgericht zweiter Instanz in Südtirol:** Beim römischen Staatsrat dauert alles ewig lang und unser Südtiroler Verwaltungsrecht wird häufig missachtet. Deshalb ist ein eigenes Verwaltungsgericht zweiter Instanz in Bozen einzurichten, nach dem Vorbild des Consiglio di giustizia amministrativa in Sizilien. Damit würden zweitinstanzliche Urteile in deutscher Sprache möglich und die besondere Zusammensetzung des Verwaltungsgerichts Bozen (paritätische Vertretung der Volksgruppen) respektiert.
- **Mehr Richter für Südtirol:** Die italienische Rechtsverweigerung durch überlange Verfahrensdauern ist auch ein Personalproblem: In Italien gibt es, einem Bericht der Europäischen Kommission für die Effizienz der Justiz (CEPEJ) zufolge, nur 11 Richter pro 100.000 Einwohner, während es in Österreich 20 pro 100.000 Einwohner sind. Mit der Übernahme des Gerichtspersonals hat es Südtirol selbst in der Hand, den ewigen Verfahrensdauern den Kampf anzusagen. Mehr Richter, mehr Verwaltungspersonal, mehr Übersetzer und mehr Ressourcen sind eine gute Investition.
- **Internationales Schiedsgericht:** Das Schiedsgericht der Handelskammer Bozen muss als internationales deutsch-italienisches Schiedsgericht aufgewertet werden. Zudem soll an einem Kompetenzaufbau der beteiligten Dienstleister (Anwälte, Sachverständige) gearbeitet werden.
- **Eigenes Handelsgericht für Südtirol:** Das Landesgericht Bozen muss eine eigene Zuständigkeit als Handelsgericht (Tribunale delle imprese) bekommen. Damit würde auch die zweisprachige Abwicklung von Verfahren garantiert. Das selbe gilt für das geistige Eigentum: Statt der Sezione specializzata per la proprietà industriale ed intellettuale am Landesgericht Venedig, soll das Landesgericht Bozen für die Südtiroler Fälle zuständig sein.
- **Internationale Vernetzung:** Die Handelskammer soll eine Außenstelle in München und in Innsbruck errichten, Informationen für Südtiroler vom österreichischen und deutschen Markt sammeln und dort eine Anlaufstelle für Unternehmen sein, die in Südtirol und Italien geschäftlich tätig werden wollen.
- **Unterstützung durch die Universität Bozen:** Die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Uni Bozen soll von einer italienischen Allerwelts-BWL-Fakultät umgewandelt werden in ein Kompetenzzentrum für den Deutsch-Italienischen Geschäftsverkehr, das die Brückenfunktion Südtirols

Südtirol in sicheren Händen.

wissenschaftlich begleitet.

Landwirtschaft

Südtirol ist seit Jahrhunderten ein bäuerlich geprägtes Land. Die Landwirtschaft ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und die Tätigkeit unserer Bauern als Landschaftspfleger ist einer der entscheidenden Treiber für den Tourismus. Wir setzen uns für eine wettbewerbsfähige, leistungsstarke und nachhaltige Landwirtschaft in Südtirol ein. Dies setzt unter anderem ein gutes Miteinander von konventioneller und biologischer Landwirtschaft voraus. Wir Freiheitliche sprechen uns dezidiert dagegen aus, die biologische gegen die konventionelle Landwirtschaft auszuspielen. Südtirol braucht beides!

10 freiheitliche Forderungen für eine leistungsfähige Landwirtschaft:

- **Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe** und einer kleinstrukturierten Landwirtschaft.
- **Stärkung der regionalen Landwirtschaft und ihrer Produkte.**
- **Vermehrte Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Tourismus.**
- **Schutz natürlicher Ressourcen** und der gewachsenen bäuerlichen Kultur- und Naturlandschaft.
- **Bekanntnis zur vernünftigen Koexistenz von konventioneller und biologischer Landwirtschaft** im Sinne der unternehmerischen Freiheit, sich für die jeweilige Produktionsform frei entscheiden zu können.
- **Erhalt der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe.**
- **International bessere Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte durch Südtirol-Marke oder Südtirol-Siegel.**
- **Agrarförderungen primär für die aktiven Landwirte** und nicht für öffentliche Körperschaften sowie großen Handels- und Wirtschaftsbetriebe.
- **Für eine regionale Agrarpolitik**, die die lokalen Gegebenheiten angemessen berücksichtigt.
- **Kein Einsatz von Gentechnik in der Südtiroler Landwirtschaft**

Verkehr

Ausgehend von der Brückenfunktion Südtirols hat der freie Warenverkehr eine zentrale Bedeutung. Daher wenden wir Freiheitliche uns gegen einseitige Beschränkungen des Verkehrs, bei allem Verständnis für die Nöte der transitgeplagten Bevölkerung entlang der Brennerachse.

5 freiheitliche Forderungen für die Verkehrspolitik:

- **Verlagerung des alpenquerenden Transitverkehrs auf die Schiene.**

Südtirol in sicheren Händen.

- **Ausbau der Rollenden Landstraße (RO.LA)** durch erhöhte Investitionen in neues Rollmaterial, sowie den Bau des Brennenbasistunnels (BBT).
- **Ordentliche Kontrolle der verpflichtenden Ruhezeiten für ausländische LKWs (sog. Kabotage-Bestimmungen)**
- **Ausweitung des Ziel- und Quellverkehrs** auf die gesamte Europaregion Tirol und Befreiung von allen Beschränkungen (Blockabfertigung, Nachtfahrverbote, usw.) Dies garantiert unseren Frachtern eine freie Fahrt innerhalb der Tiroler Landesteile.
- **Stärkung regionaler Kreisläufe**, die sowohl Nord- als auch Südtirolern zugute kommen.

5. Bildung ist unsere wichtigste Ressource - Heute für Morgen fördern

Südtirol ist dank seiner deutschen, italienischen und ladinischen Volksgruppen ein vielfältiges Land, in dem sich zwei große europäische Kulturräume begegnen. Daraus erwächst für Südtirol die Möglichkeit, eine Brückenfunktion zwischen deutschem und italienischem Kultur- und Wirtschaftsraum einzunehmen, die unserer Heimat und ihren Menschen in vielfacher Hinsicht Wohlstand, Lebensqualität und große Möglichkeiten bietet.

Die Südtiroler Bildungspolitik ist das wesentlichste Instrument, um die Identität der drei autochthonen Volksgruppen zu wahren. Darüber hinaus soll die Bildungspolitik Werte wie Freiheit, Toleranz, Kreativität und Selbstverantwortung vermitteln. Das Schulsystem hat dabei insbesondere auch eine soziale Funktion. Es muss jeder sozialen Schicht offen stehen und für Chancengleichheit sorgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht alle Menschen gleich veranlagt sind und Schulen keine Einheitsbildung vermitteln können. Das Schulsystem steht aufgrund der unregelmäßigen Masseneinwanderung vor großen Herausforderungen. Das Leistungsniveau darf dabei nicht absinken, insbesondere die Sprachkompetenz vor Schuleintritt ist eine Bringschuld der Migranten.

16 freiheitliche Forderungen für eine zukunftsorientierte Bildung:

- **Schule in Südtiroler Hand:** Alle Schulkompetenzen (Verwaltung, Lehrerschaft und Lehrpläne) sollen in die ausschließliche Zuständigkeit des Landes übergehen. Dies ist in anderen europäischen Minderheitengebieten seit Jahrzehnten Standard.
- **Ja zur muttersprachlichen Schule, Nein zu CLIL und Immersion:** Die Aufrechterhaltung und Stärkung der muttersprachlichen Schule ist für den Schutz der deutschen und ladinischen Volksgruppe unabdingbar! Experimente in diesem Bereich schaden dem Minderheitenschutz und damit unserer Autonomie.
- **Verschiedenheit als Chance begreifen:** Das deutsche und das italienische Schulsystem sind eine Chance, die Brückenfunktion Südtirols zwischen deutschem und italienischem Kulturraum auch im Schulwesen wahrzunehmen. Die Möglichkeit, zwischen den Schulsystemen zweier großer europäischer Kulturräume wählen zu können, ist ein Reichtum, den es zu schützen gilt.
- **Nein zu „gemischter Schule“ und gleichmacherischem Einheitsbrei:** Die „gemischte Schule“ bringt keinen Mehrwert für Südtirol. Wir erkennen den Reichtum dieses Landes in der Verschiedenartigkeit der drei autochthonen Volksgruppen, die es zu schützen gilt! Daher ein klares Nein zur „gemischten Schule“ und ähnlichen Experimenten.
- **Zeitgemäßer Zweitsprachenunterricht:** In der Grund- und Mittelschule soll die jeweilige Zweitsprache endlich mittels Fremdsprachendidaktik erfolgen, wie beim Englischunterricht. Dies allein ist erfolgversprechend, im Gegensatz zu gefährlichen Experimente wie CLIL und Immersion, die an den Grundfesten unserer Autonomie rütteln.
- **Gerechte Aufteilung der Ressourcen:** Eine gerechte Aufteilung der finanziellen und personellen Ressourcen zwischen deutschen und italienischen Kindergärten und Schulen. Die Zahl der eingeschriebenen Kinder und Jugendlichen muss dabei ausschlaggebend sein.
- **Keine Zusammenlegung der Schulämter:** Wir lehnen die immer wieder diskutierte Zusammenlegung des deutschen, ladinischen und italienischen Schulamtes strikt ab. Die drei Schulsysteme sollen ihre Eigenart bewahren und dies soll auch durch eine entsprechende Verwaltungsstruktur

Südtirol in sicheren Händen.

widergespiegelt werden.

- **Deutschförderklassen:** Ein ausreichendes Niveau an Sprachkompetenz muss gewährleistet sein, damit das Unterrichtsniveau nicht zu Lasten unserer deutschen Kinder und Jugendlichen sinkt. Daher sind für Kinder ohne ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verpflichtende Deutschförderklassen vor der Teilnahme am Regelunterricht vorzusehen.
- **Gleichmäßige Verteilung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache:** In den Regelklassen darf der Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache an der Gesamtzahl der Schüler nicht über 20% liegen. Kinder nichtdeutscher Muttersprache sind so aufzuteilen, dass ein angemessenes Verhältnis gewahrt bleibt, um Integration zu ermöglichen.
- **Vorrang für deutsche Kinder:** Die deutschen und ladinischen Kindergärten und Schulen dienen dem Erhalt und der Stärkung der Identität der deutschen und ladinischen Volksgruppe. Daher müssen unsere deutschen und ladinischen Kinder Vorrang bei der Einschreibung in deutsche Kindergärten und Schulen haben.
- **Ja zum Leistungsprinzip:** Wir befürworten eine Betonung des Leistungsprinzips und lehnen eine Nivellierung nach unten ab. Es darf nicht sein, dass jeder Schüler versetzt wird, auch wenn er die erforderlichen Kompetenzen nicht erlangt hat.
- **Landesuniversität Innsbruck:** Wir erkennen die Landesuniversität Innsbruck und die Medizinische Universität Innsbruck als die wichtigsten Bildungsinstitutionen und als den geistig-kulturellen Referenzrahmen unseres Landes an. Dort studieren und unterrichten seit 1669 die weitaus meisten unserer Landsleute. Das Südtiroler Bildungssystem soll deshalb auf die Landesuniversität Innsbruck ausgerichtet sein -Keine Schaffung von parallelen und konkurrierenden Hochschulangeboten in Südtirol.
- **Gesamttiroler Forschungskorridor:** Die Europäische Akademie (EURAC) und die Universität Bozen sollen im Rahmen eines Tiroler Forschungskorridors, auf dem Menschen und Ideen zirkulieren, mit der Landesuniversität Innsbruck kooperieren. Die Fachhochschule „Claudiana“ soll den Status einer Universität erhalten und eng mit der Medizinischen Universität Innsbruck zusammenarbeiten.
- **Universität Bozen:** An der dezidiert dreisprachigen Universität Bozen darf Deutsch keine Nebenrolle spielen. Es sollen keine Lehrenden beauftragt werden, die nicht auch der deutschen Sprache mächtig sind.
- **Studientitelanerkennung:** Wir fordern die unmittelbare Anerkennung der im Ausland erworbenen Studientitel durch das Land Südtirol. Die entsprechenden Kompetenzen sind von Rom konsequent einzufordern.
- **Gesamttiroler Zusammenarbeit im Lehrlingswesen:** Die duale Ausbildung bildet das Rückgrat der Südtiroler Lehrlingsausbildung. Wir fordern daher eine stärkere Zusammenarbeit im Bereich Lehrlingswesen mit dem Bundesland Tirol sowie die Möglichkeit für ein Weiterstudium der Lehrlinge an den Hochschulen. Der Meisterbrief muss aufgewertet und die entsprechenden Landeskompetenzen eingefordert werden

Ladinische Schule

Die ladinische Sprache hat einen hohen kulturellen und sozialen Wert. Sie ist daher besonders schützenswert und in besonderem Maße zu fördern. Das paritätische Schulsystem in den ladini-

Südtirol in sicheren Händen.

schen Tälern hat sich bewährt und ist daher weiterhin in seinen Besonderheiten zu unterstützen. Die ladinischen Schulstunden haben besonders dazu beigetragen, dass die ladinische Sprache aufgewertet wurde und ihren besonderen Stellenwert in Ladinien erhalten hat. Außerdem gewährleistet das Schulsystem, dass ladinisches Lehr- und Verwaltungspersonal Arbeitsstellen in den ladinischen Tälern erhält, was einer Abwanderung vorbeugt. Ein ladinisches Schulamt, welches vom deutschen und vom italienischen Schulamt getrennt agieren kann, ist von äußerster Wichtigkeit. Nur so kann garantiert werden, dass eine getrennte Verwaltung mit eigenen Spielräumen und Geldern den Erhalt der ladinischen Sprache und Kultur fördert und eine hohe Qualität des Ladinischunterrichtes gewährleistet.

8 freiheitliche Forderungen für die Ladinische Schule:

- **Der Ladinischunterricht, im Umfang von mindestens zwei Wochenstunden, muss weiterhin gewährleistet und garantiert werden.**
- **Die Vermittlung von Inhalten soll fächerübergreifend für 4 bis 6 Stunden pro Jahr in ladinischer Sprache erfolgen.** Hiermit können Fachbegriffe und spezifische Inhalte in der ladinischen Muttersprache besser vermittelt werden, da Ladinischlehrer unmöglich eine spezifische Qualifikation in allen Fächern vorweisen können.
- **Das Verwenden der ladinischen Sprache in den Fächern Turnen, Religion, Musik- und Kunsterziehung soll ermöglicht und gefördert werden.**
- **Die Schulstrukturen in den ladinischen Tälern, insbesondere die Oberschulen, sollen weiterhin erhalten bleiben.**
- **Übergabe der Berufsschul-Kompetenzen in den ladinischen Ortschaften an das ladinischen Referat:** Dies soll auch im Hinblick auf den Erhalt und der Förderung des historisch verwurzelten Kunsthandwerks geschehen, das akut vom Aussterben bedroht ist.
- **Um den Stellenwert und die Sichtbarkeit der ladinischen Sprache und Kultur in Südtirol zu fördern** und wertzuschätzen, sollen Ladinischlehrer in den deutschen und italienischen Schulen verpflichtende Seminare anbieten, in denen sie den Schülern die verschiedenen Aspekte des Ladinischen vermitteln.
- **Die Gelder des Fonds für Grenzgemeinden** sollen auch dazu eingesetzt werden, um den Ladinisch-Unterricht in den Schulen alptiroler-ladinischen Gemeinden wie der Provinz Belluno zu fördern.
- **Die Ausbildung der ladinischen Lehrpersonen in diesen Schulen soll auch finanziell unterstützt werden.** Die Zusammenarbeit der ladinischen Schulen in allen fünf ladinischen Tälern soll gefördert werden.

6. Kultur ist Identität - Werte und Wandel in Einklang bringen

Südtirol ist gekennzeichnet durch eine sehr lebendige Kulturszene. Dies ist ein Reichtum unseres Landes, der sich positiv auf sehr viele Bereiche auswirkt, so z.B. auf die Lebensqualität der Südtiroler, die aus einem sehr reichen Kulturangebot wählen können. Aber auch der Tourismus und somit ein wesentlicher Wirtschaftszweig profitiert vom regen Südtiroler Kulturleben. Die Südtiroler Kulturszene ist sehr vielfältig: es gibt eine städtisch und eine ländlich geprägte Kulturszene, es gibt die traditionelle und die moderne Volkskultur, es gibt Populär- und Hochkultur, gibt ehrenamtliche und professionelle Kulturträger und es gibt eine deutsche, italienische und ladinische Kultur. Dieser Vielfalt gerecht zu werden sollte ein wesentliches Ziel der Südtiroler Kulturpolitik sein. Zudem sollte die Südtiroler Kulturpolitik dafür Sorge tragen, dass die Kultur in Südtirol ihre Brückenfunktion als Vermittlerin zwischen deutschem und italienischem Kulturraum wahrnehmen kann, unter besonderer Berücksichtigung der geistig-kulturellen Einheit der drei Tiroler Landesteile. Schlussendlich erfüllt Kultur auch eine integrationspolitische Aufgabe: den legal hier lebenden Zuwanderern eröffnet sich durch Südtirols einzigartiges Vereinswesen die Möglichkeit, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren.

13 freiheitliche Forderungen für die Kulturpolitik:

- **Identitätsstiftende Kulturförderung:** Die Kultur hat in Südtirol einen hohen Stellenwert, denn sie manifestiert den unverwechselbaren Charakter unseres Landes und seiner drei autochthonen Volksgruppen. Daher sollen kulturelle Initiativen, die die Identität unserer Volksgruppen festigen, vorrangig gefördert werden.
- **Förderung des Ehrenamtes:** Die ehrenamtlichen Vereine und Verbände Südtirols sind ein wesentlicher Pfeiler der Identität unserer Heimat und des sozialen Zusammenhaltes. Sie sind auch ein Angebot für legale Zuwanderer, sich durch Beitritt zu einem unserer Vereine zu integrieren. Zudem sind unsere ehrenamtlichen Vereine und Verbände ein wirtschaftlicher Faktor. Die Förderung des Ehrenamtes ist daher auszubauen und die bürokratischen Hürden abzubauen.
- **Trachtenförderung:** Die Tracht ist wohl eines der sichtbarsten Zeichen unserer Tiroler Identität. Die Trachtenförderung gehört daher ausgebaut und erhöht. Neben dem kulturellen und identitätsstiftenden Wert, fördert dies auch die Sichtbarkeit Südtirols als Kulturtourismusland.
- **Entbürokratisierung:** Unsere ehrenamtlichen Vereine und Verbände sind von den Fesseln der ausufernden Bürokratie zu befreien.
- **Rechtsschutz:** Die Verantwortungsträger in ehrenamtlichen Vereinen und Verbänden sollen ihre Tätigkeit ausüben können, ohne dabei den unverhältnismäßigen Rechtsrisiken ausgesetzt zu sein, die die italienische Bürokratie und Gesetzesflut mit sich bringen. Das Land soll für entsprechende Rechtsschutzversicherungen Sorge tragen.
- **Förderung Gesamttiroler Initiativen:** Ehrenamtliche Vereine und Verbände, die sich insbesondere um die Pflege des gemeinsamen kulturellen Erbes des historischen Tirol bemühen, sind vorrangig zu fördern, denn sie leisten wertvollste grenzüberschreitende Arbeit im europäischen Geist.

Südtirol in sicheren Händen.

- **Förderung der Kulturanbindung an den deutschen Kulturraum:** Die feste Verankerung und der stetige Austausch mit der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft sind für Südtirol lebenswichtig. Daher sind Vereine und Verbände wie das Südtiroler Kulturinstitut, die sich seit Jahrzehnten um diesen Austausch erfolgreich bemühen, vorrangig zu fördern. Weiters wollen wir Gemeinde- und Vereinspartnerschaften finanziell unterstützen, sowie Kultur- und Bildungskooperationsabkommen mit österreichischen und deutschen Bundesländern und Institutionen forcieren.
- **Förderung von Kultur im ländlichen Raum und an der Sprachgrenze:** Kultur zu leben muss landesweit weiterhin möglich sein, gerade auch im ländlichen Raum und nicht nur in den Städten. Kulturinitiativen, die in diesem ethnisch sehr heiklen Gebiet wertvolle deutsche Kulturarbeit leisten, sind zu unterstützen, damit sie auf eine finanziell gesicherte Zukunft bauen können.
- **Aufwertung der Denkmal- und Heimatpflege:** Unsere einzigartige Kulturlandschaft muss geschützt werden, denn sie macht unsere Heimat und unsere Identität sicht- und erlebbar. Denkmalpflege ist dabei ein wichtiges Instrument. Das Landesdenkmalamt muss daher aufgewertet und mit ausreichend Geldmitteln ausgestattet. Auch wollen wir die Stelle des Landeskonservators kompetent besetzt und mit entsprechenden Zuständigkeiten ausgestattet wissen.
- **Förderung einheimischer Künstler:** Moderne Kunst findet in Südtirol zu oft mit nur geringer öffentlicher Wahrnehmung statt. Wir müssen unsere einheimischen Künstler stärker fördern und absichern und ihnen mehr Ausstellungsmöglichkeiten in Museen (u.a. Museion) bieten, anstatt diesen Raum nahezu ausschließlich auswärtigen Künstlern zu gewähren.
- **Soziale Absicherung für Künstler:** Unsere einheimischen Künstler müssen in ihrem Schaffen frei sein. Sie müssen aber auch abgesichert sein, um kreativ sein zu können. In Absprache mit den lokalen Pensionsfonds sollen Möglichkeiten einer Sozial- und Altersversicherung von Künstlern geprüft werden.
- **Evaluierung von bisherigen Förderschwerpunkten:** Bisherige, millionenschwere Förderschwerpunkte wie das Museion, die Stiftung Stadttheater und andere sollen evaluiert werden, um den Nutzen für die Südtiroler Kulturlandschaft zu belegen. Gegebenenfalls sind diese Förderungen zu überdenken, um andere Schwerpunkte zu setzen.
- **Staatsarchiv an das Land:** Das Staatsarchiv enthält zahlreiche, für unsere heimische Geschichte unverzichtbare, Dokumente und Urkunden. Es ist nicht einleuchtend, warum dem Staat dieser Zugriff auf unsere Südtiroler Zeitzeugnisse überlassen werden soll. Das Staatsarchiv soll in die Zuständigkeit des Landes übergehen.

7. Mit der Gesundheit spielt man nicht - Sparen im System statt bei den Menschen

Südtirol steht im Gesundheitsbereich vor riesigen Herausforderungen: Ärztemangel, Überalterung der Gesellschaft, überlange Wartezeiten auf Fachvisiten, Schließung bzw. nicht Nachbesetzung einzelner Abteilungen nach Pensionierung der Primare und vieles mehr. Den Krankenhäusern in Südtirol fehlt jegliche Freiheit. Ohne Eigenständigkeit haben die Krankenhäuser keine Entwicklungschancen mehr und sie sind somit für junge Ärzte nicht mehr attraktiv. Die einseitige Konzentration auf das Krankenhaus Bozen geht zu Lasten einer funktionierenden Gesundheitsversorgung vor Ort. Aufgrund dieser Umstände fordern wir Freiheitliche eine zeitgemäße Gesundheitspolitik, um auch für die Zukunft eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung sicherstellen zu können. Das öffentliche Gesundheitswesen muss den Bürgern zur bestmöglichen medizinischen Vorsorge, Versorgung und Pflege dienen.

12 freiheitliche Forderungen zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung

- **Aufrechterhaltung von Krankenhäusern statt Schließung von Abteilungen im ländlichen Raum:** Unsere bestens funktionierenden, dezentralen Krankenhäuser in der Peripherie dürfen keinem blinden Spar- und Zentralisierungswahn geopfert werden. Unsere peripheren Krankenhäuser dienen nicht nur den Einheimischen, sondern auch unseren Urlaubsgästen, wenn sie erkranken oder verunfallen.
- **Schluss mit dem „Wasserkopf“ Krankenhaus Bozen:** Die alleinige Konzentration wesentlicher fachärztlicher Dienstleistungen auf Bozen untergräbt die ärztliche Nahversorgung vor Ort und leistet Chaos und langen Wartezeiten Vorschub!
- **Nur hochspezialisierte Fachdisziplinen zentralisieren:** Einzig überörtliche Abteilungen für hochspezialisierte Fachdisziplinen sind zentral gerechtfertigt. Alle anderen Leistungen können sowohl in den peripheren Krankenhäusern oder von niedergelassenen Fachärzten erbracht werden!
- **Impfungen:** Aufklärung statt Zwang! Wir erkennen die Wichtigkeit einer hohen Impfquote an. Wir sehen auch die Gefahr durch neue alte Krankheiten, die durch die ungezügelt Einwanderung wieder bei uns Fuß fassen werden. Ein Impfwang widerspricht jedoch grundlegend dem freiheitlichen Gedanken. Wir fordern daher umfassende Aufklärungskampagnen, um eine eigenverantwortliche Entscheidungen der Eltern zu ermöglichen.
- **Stärkung der Gesundheitssprengel:** Mehr Personal, wie Krankenschwestern und Hebammen, um wohnortnahe Gesundheitsvorsorge erbringen zu können und die Krankenhäuser zu entlasten!
- **Kostenehrlichkeit bei Strukturmaßnahmen:** Unsere peripheren Krankenhäuser sind zugleich wesentliche Standortfaktoren der lokalen Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen, sichern und den Menschen ein Leben in ihrer nächsten Heimat ermöglichen. Dies gilt es bei den sog. „Einsparungen“ zu berücksichtigen.
- **Einheitliches EDV-System im Südtiroler Gesundheitswesen:** Sämtliche Südtiroler Krankenhäuser müssen untereinander mit einem einheitlichen EDV-System vernetzt werden. Das bereits seit Jahren gut funktionierende EDV-System des Krankenhauses Bruneck kann als Vorbild für ganz Südtirol dienen. Schluss mit der Geld- und Zeitverschwendung durch verschiedene EDV-Systeme und teure externe Firmen und Berater.
- **Vernetzung zwischen Hausärzten, Privatärzten und Gesundheitsbezirk:** Hausärzte und Privatärzte

Südtirol in sicheren Händen.

müssen Zugriff auf die Daten ihrer Patienten haben.

- **Rückvergütungsregelung wieder einführen:** Um die öffentlichen Einrichtungen zu entlasten, soll eine enge Zusammenarbeit mit allen medizinischen - auch mit privaten - Einrichtungen gefördert werden und die Rückvergütungsregelung wieder eingeführt und ausgebaut werden. Dadurch können Krankenhaus-Ambulanzen entlastet, sowie OP- und Ambulanz-Wartezeiten reduziert werden. Die Krankenhausärzte hätten dann mehr Zeit für die Betreuung der stationären Patienten.
- **Facharztvisiten durch Privatärzte:** Dies würde zu einer Entlastung der öffentlichen Krankenhäuser führen und die freie Arztwahl stärken. Durch entsprechende Abkommen mit Privatärzten soll eine sozialverträgliche Regelung gefunden werden, damit jeder Bürger sich die bestmögliche ärztliche Betreuung leisten kann.
- **Verhinderung von nosokomialen Infektionen (Krankenhauserkrankungen):** Mit der Auslagerung von Facharztvisiten würde der Zustrom in die Spitäler gebremst und eine Abnahme der sog. „Krankenhauserkrankungen“ (nosokomiale Infektionen) erreicht.
- **Noch bessere Zusammenarbeit mit der Universitätsklinik Innsbruck** und der Medizinischen Universität Innsbruck und eine engere Einbindung in das Südtiroler Gesundheitswesen.

15 freiheitliche Forderungen zur Verbesserung von Berufspraxis und Ausbildung

- **Freie Arbeitsplatzwahl:** Pflege- und ärztliches Personal sollen ihre Abteilung und den Ort ihrer Tätigkeit im Rahmen eines Wettbewerbs grundsätzlich frei wählen können. Zentrale Zwangszuweisungen dürfen nur in begründeten Ausnahmefällen erfolgen.
- **Stellentauschbörse:** Einführung einer Stellentauschbörse, um dem Krankenhauspersonal die Möglichkeit der internen Rotation zu bieten!
- **Kinderbetreuung verbessern:** Die Kinderbetreuung für Krankenhauspersonal muss verbessert werden, um bestausgebildeten Eltern eine weitere berufliche Tätigkeit zu ermöglichen!
- **Entbürokratisierung des Pflegeberufs:** Das dreijährige Bachelorstudium erweist sich in vielen Fällen als Rekrutierungshindernis für Pflegeberufe. Die dreijährige Dauer steht in Konkurrenz zu einem Medizinstudium. Aufgrund des Personalmangels muss hier flexibel vorgegangen werden. Wir fordern daher die Wiedereinführung der Krankenpflegeausbildung, auch ohne Matura!
- **Entbürokratisierung der Ausbildung:** Die Hausarzt Ausbildung ist zu entbürokratisieren. Wir brauchen die automatische Anerkennung von im EU-Ausland (insbesondere Österreich) erworbenen Abschlüssen sowie die Anerkennung bereits erworbener Spezialisierungen. Mehr Praxisnähe, weniger Lehraufenthalt in Krankenhäusern, Schwerpunkt auf der Ausbildung vor Ort bei den Hausärzten!
- **Entbürokratisierung der Tätigkeit:** Die Hausärzte sollen sich uneingeschränkt den Patienten widmen können. Elektronische Rechnungen, komplexe Abrechnungsverfahren und Formularwesen gehören auf ein Minimum beschränkt!
- **Vorbild Österreich:** Bestmögliche Ausbildung nach Vorbild des österreichischen Turnusarztmodells

Südtirol in sicheren Händen.

und Ausbildung zum Sprengelhygieniker, um zu gewährleisten, dass der Hausarzt zugleich auch Amtsarzt ist!

- **Finanzielle Anreize schaffen:** Bei Umschulungen von Facharzt zu Hausarzt soll das bisher bezogene Facharzt-Gehalt zumindest zu einem Großteil weiter zuerkannt werden, um den Wechsel von bestens ausgebildeten Fachärzten in den Hausarztberuf zu fördern. Beste hausärztliche Versorgung vor Ort verringert zudem den Ansturm auf die Krankenhäuser und reduziert die Wartezeiten!
- **Beiträge für den Ankauf medizinischer Geräte:** Hausärzten sollen Zuschüsse für den Ankauf von medizinischen Geräten (EKG, Ultraschallgeräte) gewährt werden, damit diese Untersuchungen wohnortnah durchgeführt werden können. Auch dies entlastet die Krankenhäuser!
- **Weiterbildung:** Den Hausärzten sollen kostenlose Weiterbildungen ermöglicht werden, wie dies bei Krankenhausärzten bereits der Fall ist.
- **Vereinfachung der Anerkennung von ausländischen Studientiteln:** Bündelung aller Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Studientiteln bei einer einzigen Anlaufstelle. Wahrnehmung des Behördenweges nach Rom, der amtswegigen Übersetzung von Zeugnissen und der vollständigen Betreuung des antragstellenden Jungmediziners durch diese Anlaufstelle. In der Folge soll von Rom die Zuständigkeit für die Anerkennung von Studien- und Facharztstiteln, die in Österreich, Deutschland oder der Schweiz erworben wurden, durch den Landeshauptmann (mit Wirkung für Südtirol) eingefordert werden.
- **Ausbildung zum Facharzt:** Möglichkeiten zur Facharztausbildung nach österreichischem Vorbild in Südtirol schaffen, in Kooperation mit der österreichischen Ärztekammer!
- **Ausbildung zum Allgemeinmediziner (Hausarzt):** Stipendienregelung überdenken und nach österreichischem Vorbild als Angestelltenverhältnis neu gestalten. Volle Sozial-, Unfall-, Krankenversicherung für Jungmediziner vorsehen, um konkurrenzfähig zu sein!
- **Praxis während des Studiums:** Bestehende bürokratische Hürden abbauen, Serviceleistungen verbessern, um Jungmediziner bereits im Studium nach Südtirol zu holen!
- **Perspektiven bieten:** Förderungen für Jungmediziner vorsehen, um gerade im Anfangsstadium effektive Starthilfe zu leisten!